

68/1 sd
522.521 - SC/ne

Bilaterale Beziehungen im Bankenbereich

Das Geschäft der schweizerischen Finanzierungsinstitute mit Japan (in erster Linie Banken, Versicherungsgesellschaften nur im beschränkten Masse) ist, gesamthaft gesehen, als für die schweizerische Seite gewinnbringend und zukunftssträftig einzuschätzen, auch wenn hinsichtlich Zugang zum japanischen Markt grosse Hindernisse bestehen (vor allem betr. Trust und Securities-Geschäft).

1. Gute Geschäfte

Die in Japan steuerlich nicht erfassten Einnahmen aus dem Geschäft mit den japanischen Anleihen auf dem schweizerischen Kapitalmarkt (in der Regel schweizerisches leadmanagement und Beschränkungen des japanischen Anteils im Syndikat auf z.Z. höchstens 20 %) ist für die Schweizer Banken, namentlich die drei Grossen, einträglich. 1983 betrug die Gesamtsumme für Straights and Convertibles rund SFr. 14 Mrd., und dürfte 1984 annähernd wieder erreicht werden. Wer sein Japangeschäft freilich all zu stark auf diese Einnahmenquelle aufbauen möchte, riskiert eines Tages ein böses Erwachen, fordert doch das MOF seit längerer Zeit die japanischen Firmen auf, ihre relative Abhängigkeit von der Schweiz in der Kapitalaufnahme in fremder Währung nicht weiter zu festigen.

Auch was das Wertpapiergeschäft in Japan selbst betrifft, gibt es via Hongkong gangbare Lösungen für die Schweizer Banken.

Das Goldgeschäft mit Japan ist, mindestens für eine der drei Grossen, ebenfalls von relevantem Interesse. Mit den bestehenden unbefriedigenden Aspekten (offene Werbung nicht erlaubt) dürfte sich leben lassen.

2. Trotz ernster Hindernisse

Die als historisches Erbe weiterbestehende Spezialisierung japanischer Finanzierungsinstitute in Handelsbanken, Wertpapierhäuser, Trustbanken, langfristige-kurzfristige Institute, Finanzierungsinstitute für Landwirtschaft und für Kleinunternehmen, ist zwar etwas aufgeweicht worden, weil das MOF einzelnen Instituten ihnen bisher verschlossene, d.h. andern Kategorien vorbehaltene Geschäftsbranchen auch öffnete. Aber es ist schwierig zu sehen, wie die trotz allem weiterbestehenden Schranken ganz abgebaut werden könnten, müsste doch ein totaler Abbau zahlreiche japanische Finanzierungsinstitute zur Strecke bringen, oder das MOF müsste konsequent Merger als Endlösung erklären.

Für uns am störendsten an dieser Kompartimentalisierung ist, dass

- ausländische Institute bisher noch nicht zum Wertpapiergeschäft in vollem Umfang zugelassen wurden und auch in absehbarer Zukunft Tochtergesellschaften von ausländischen Instituten, die rechtlich zwar unabhängig, finanziell aber von Handelsbanken kontrolliert werden (alle drei grossen Schweizer haben solche), nicht zugelassen werden sollen.
- Trust business bisher für ausländische Institute ebenfalls verschlossen war und in den kommenden Monaten höchstens acht ausländische Bewerber zugelassen werden (ebensoviele wie es japanische Trustbanken gibt).

Zu bemängeln sind ferner die Refinanzierungsmöglichkeiten. Diese sind für die Niederlassungen der drei Grossen nach wie vor unbefriedigend, obwohl am 1.4.84 die Swap-Limiten aufgehoben und zu gleicher Zeit die Overnight-Positionen im Devisenhandel stark erhöht wurden (d.h. zu keiner Beanstandung mehr schweizerischerseits Anlass geben).

Sehr unbefriedigend sind schliesslich die nach wie vor bestehende Notwendigkeit der Besicherung im call und bill discount Markt, die

Beschränkung der Rediskontfazilitäten auf Yen 500 Mio. und das Nichtbestehen von Kreditaufnahmefazilitäten bei der BOJ (japanische Banken verfügen über solche).

Für weitere schwache Seiten sei auf den beigelegten Anlagenkatalog der betroffenen drei Grossen verwiesen.

3. Unbefriedigende Erfahrungen der Schweizer Behörden mit Japan

Eine nüchterne Analyse der bisherigen Verhandlungen der Schweizer Behörden mit dem MOF zeigen kein günstiges Ergebnis für uns. 1972 hatten wir uns nach langem Insistieren der Japaner damit abgefunden, den vom MOF geforderten und in unserer Praxis bis damals unbekanntem Grundsatz numerischer Reziprozität einzuführen (eine japanische Bank in der Schweiz gegen eine schweizerische in Japan, dann 2:2, 3:3). Tokio's damalige Begründung: Japan sei schwach und müsse ohne Einführung numerischer Reziprozität eine Ueberflutung Japans durch ausländische Banken befürchten. 1983 gelangte das MOF offenbar zur Ansicht, dass dieser Grundsatz im Lichte der nunmehrigen Wettbewerbsverhältnisse nicht mehr notwendig sei, und ergriff wiederum die Initiative, indem es vorschlug den Grundsatz aufzuheben. Konkret ging es dabei um die Zulassung einer vierten japanischen Bank in der Schweiz (d.h. Umbildung der bereits bestehenden Finanzgesellschaft IBJ in eine Bank). Noch während der Verhandlungen hat die Bankenkommission dann "festgestellt, dass Japan die Reziprozität gewährt". Die IBJ erhielt am 9. März 1984 ihre Lizenz. Dem Ersuchen der Japaner um Wiederaufhebung der numerischen Reziprozität (im Bereiche Handelsbanken) war somit entsprochen worden, so hat es auf jedenfall das MOF verstanden.

Während zugegebenermassen einzelne der schweizerischen Anliegen, die wir im Zusammenhang mit dem IBJ-Gesuch an die Japaner gestellt hatten, in der Zwischenzeit von der Entwicklung im japanischen Finanzwesen überholt wurden (die Swap-Limiten und Overnight-Positionen sind allerdings erst nach dem Entscheid der BK eingetreten), sind wir hinsichtlich dem Hauptanliegen der Schweiz, nämlich dem Zugang zu allen Geschäftsmöglichkeiten (Zugang zum Wertpapiergeschäft

lag damals im Vordergrund, aber auch Trust business und Anlagenberatung waren bereits als potentiell interessant zu erkennen), bisher leer ausgegangen, bzw. wir hatten auf japanische Fairness gehofft.

4. Unser weiteres "Verhandeln"

Es wäre ein Kapitalfehler, wenn man schweizerischerseits nun plötzlich den Japanern gegenüber barsch auftreten würde. Was wir hingegen versuchen sollten, wäre bei aller Freundlichkeit inskünftig unnachgiebig zu sein. Die Ausgangslage ist freilich nicht günstig, nachdem wir faktisch kaum mehr etwas zu offerieren haben und wegen Japan allein auch kaum Einschränkungen in unser Finanzwesen einführen wollen. Zu verhandeln gibt es nämlich mit andern Worten gar nichts mehr schweizerischerseits, wir sind nur noch Bittsteller.

Nicht mehr insistieren sollte man behördlicherseits auf der Gewährung von "national treatment" oder "most favoured nation clause". Ersteres gibt es überhaupt nicht in Japan, da jedes japanische Finanzierungsinstitut entsprechend seiner Machtposition im Markt, seinen persönlichen Kontakten zu den Behörden und seiner Funktion im Lande usw. behandelt wird. Betreffend MFN wäre es unrealistisch zu hoffen, dass amerikanische und englische Finanzinstitute nicht auch in Zukunft noch aus ihrem Sieg über Japan, auch wenn niemand mehr an den Zweiten Weltkrieg denkt, durch eine günstigere Behandlung profitieren würden.

Oberste Priorität sollte für uns der so weit als möglich freie Zugang zu a l l e n Geschäftsmöglichkeiten, die japanischen

Finanzierungsinstitute wahrnehmen können, zu haben. Ein eventuelles Memo unsererseits wäre so abzufassen, dass wir als Grundsatz den Zugang zu allen Geschäftsbereichen fordern ("that future eligible applications in all financial fields should be treated expeditiously") und konkret als unmittelbare Beispiele die Lizenzen für Trust business und Securities business erwähnen.

Die Anliegen der Banken, wie sie in der Beilage aufgeführt sind, sind auch zu unterstützen, aber als zweite Priorität.

Zur mutmasslichen allgemeinen Entwicklung im japanischen Finanzwesen ist zu sagen, dass für ein Grossteil der heute zahlreichen Institute Ueberleben und nicht Gewinnmaximierung das Ziel ist. In einem solchen Kontext wird das Bestehen des Kampfes auch für ausländische Institute nicht leichter werden. Wenn der Finanzplatz Tokio heute schon als Karpfenteich zu bezeichnen ist, in dem sich nicht leicht leben lässt, so wird verschärfter Wettbewerb den Karpfenteich in den kommenden Jahren zu einer Haienbucht werden lassen, in der neben den Stärksten nur noch die Beweglichsten überleben können (auf jene, die Geld lediglich für Prestige ausgeben wollen, sei hier nicht eingegangen). Aufgabe der Behörden ist es, den Schweizer Banken in diesem harten Geschäftsklima optimalste Bedingungen zu verschaffen. Ob die Banken von diesen optimalsten Bedingungen (namentlich Zugang zum Trust und Securities Business) dann auch wirklich profitieren werden, ist ein Entscheid, den diese selbst zu fällen haben und auf unseren heutigen Einsatz keinen Einfluss haben darf.
